

28. März 2014

Leitbild der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand

**Was uns stark macht:
die mittelständisch geprägte Wirtschafts- und Gesellschaftskultur
in Deutschland**

- ***Die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind leistungsfähig!***
- ***Sie benötigen daher keine Schutzzäune und Schonräume!***
- ***Sie sind jedoch auf Rahmenbedingungen angewiesen, innerhalb derer sie ihre originären Stärken voll entfalten und fortentwickeln können!***
- ***Dies ist die zentrale mittelstands- und wirtschaftspolitische Herausforderung auf deutscher wie europäischer Ebene!***

Dem Mittelstand kommt für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland eine herausstehende Bedeutung zu. Selbst im Ausland (bspw. Businessweek) werden deutsche Mittelständler als "flink, hungrig und global" beschrieben. Daher kommt es mehr denn je darauf an, bei den jährlichen länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission auf die mittelständischen Strukturen zu achten.

Die deutsche Volkswirtschaft hat in der Finanz- und Schuldenkrise eine beeindruckende Stabilität und Elastizität bewiesen. Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands ist die breite, mittelständische Wirtschaft mit der großen Vielfalt inhabergeführter Betriebe, ihrer besonderen Unternehmenskultur und hohen Innovationsfähigkeit.

Der Mittelstand in Deutschland konnte bisher und kann weiterhin besonders erfolgreich sein, weil seine ureigenen Stärken durch das Umfeld, in das die Unternehmen eingebunden sind, positiv verstärkt werden. Hierzu zählen passfähige Finanzierungsmöglichkeiten ebenso wie die Ausgestaltung und Sicherung der vor allem durch den Mittelstand getragenen beruflichen Bildung, das Regelwerk für Kooperationsmöglichkeiten und auch eine leistungsstarke Selbstverwaltung. Diese Strukturen sind organisch aus dem Mittelstand und mit dem Mittelstand gewachsen.

Im europäischen Vergleich weisen diese Strukturen häufig Alleinstellungsmerkmale auf, die in der Vergangenheit gelegentlich oder des öfteren zu Missverständnissen bzw. Fehlinterpretationen und damit auch zu problematischen Politikansätzen auf europäischer Ebene geführt haben. Die für die Leistungskraft des Mittelstands höchst bedeutsamen strukturellen Voraussetzungen in einer zunehmend von der EU bestimmten, gestalteten Politik zu erhalten bzw. fortzuentwickeln und gleiche Wettbewerbschancen zwischen Mittelstand und Großunternehmen zu gewährleisten, ist daher zentrale Anforderung an die nationale – und damit auch europäische – Wachstumspolitik.

Was der Mittelstand in Deutschland kann

Der Mittelstand ist geprägt von den vielen Unternehmern, die

- auf langfristiges, stabiles und organisches Wachstum ihres Unternehmens hin orientiert sind,
- die Konsequenzen ihrer unternehmerischen Entscheidungen nicht nur bei positivem Ergebnis (Gewinn) tragen, sondern auch bei einer Fehlentscheidung mit eigenem (Familien-) Vermögen haften,
- unternehmerisch nachhaltig agieren, d.h. bei all ihrer Kreativität und Innovationskraft ihre Entscheidungen im Vorfeld sorgfältig abwägen - sowohl im Hinblick auf die optimale Finanzierungsform ihres unternehmerischen Engagements als auch im Hinblick auf ihre Verantwortung für die Mitarbeiter und die Perspektiven nachfolgender Generationen,
- dabei gleichzeitig und im Rahmen langfristiger orientierter, den Mitarbeitern zugewandten Personalpolitik einen maßgeblichen Stabilitätsbeitrag für das Beschäftigungssystem leisten – gerade auch über die Konjunkturzyklen hinweg,
- über ihr großes personelles und finanzielles Engagement im Rahmen der dualen Berufsausbildung die Zukunftsfähigkeit des Wissens- und Wirtschaftsstandortes Deutschland sichern,
- dabei einen wesentlichen Beitrag für die gesamtwirtschaftliche Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz und damit auch zum Klima- und Umweltschutz leisten,

- in ihrer Heimatregion verwurzelt sind und bleiben, dies auch dann, wenn sie global erfolgreich sind, und sich für das Wohl ihrer Heimatregion einsetzen – auch ohne formale und bürokratische Normierungen und – Regulierungen,
- die Menschen in den Mittelpunkt stellen: ihre Kunden, ihre Mitarbeiter, ihre Auszubildenden,
- über enge Kundenbindungen maßgeblich zu punktgenauen Innovationen und deren Marktdurchsetzung beitragen, dies nicht nur am nationalen, heimischen Markt, sondern zunehmend auch im Hinblick auf die Bedürfnisse der Kunden in anderen Staaten,
- angesichts ihrer i.d.R. flachen Strukturen rasch auf Veränderungen des Marktumfeldes reagieren können und damit einen auch gesamtwirtschaftlich unverzichtbaren Beitrag zur Abfederung und Überwindung etwaiger "externer Schocks" leisten,
- sich – ehrenamtlich – im Rahmen der bewährten Selbstverwaltungsstrukturen nicht nur für die duale Ausbildung und qualifizierte Weiterbildungen wie z.B. die Meisterausbildung engagieren, sondern auch die Hilfe zur Selbsthilfe stärken und damit ihren Beitrag zur gemeinschaftlichen Stärkung der örtlichen Wirtschaft leisten,
- mit der hohen Qualität ihrer Leistungen und der Qualifikation ihrer Beschäftigten einen originären Beitrag zum Verbraucherschutz erbringen,
- in einem unmittelbaren, korrektiven Wettbewerb stehen, der Innovation, Spezialisierung und Vielfalt des Angebots fördert,
- dabei auf vernetztes und vorausschauendes Planen und Handeln bezüglich ihrer Produktionsverfahren, technischen Innovationen, Effizienzsteigerungen und Produktgestaltungen setzen
- und in vielfältiger Weise wechselseitige Kooperationsformen nutzen, um miteinander Synergien zu erschließen und dadurch größenbedingte Nachteile im Wettbewerb auszugleichen, so dass letztlich Wachstumsprozesse möglich werden können.

Worauf der Mittelstand in Deutschland setzt:

Faire Wettbewerbschancen

Je größer Unternehmen sind, umso deutlichere Skalenerträge und damit auch Kostenvorteile können in ihnen realisiert werden, umso mehr jeweils hochspezialisiertes Personal steht zudem zur Lösung der unterschiedlichsten unternehmensbezogenen Aufgaben zur Verfügung – von der Forschung und Entwicklung über die Unternehmensbesteuerung und die Lösung juristischer Fragen bis hin zur kontinuierlichen Beobachtung und Umsetzung staatlicher Regulierungen. Bereits diese knappe Skizze verdeutlicht die spezifische wirtschaftspolitische Aufgabe, den wirtschaftlichen Wettbewerbsprozess so zu befördern, dass so weit wie möglich gleiche Wettbewerbschancen zwischen "groß" und "klein" gelten.

Skaleneffekte und Effizienzvorteile können im Mittelstand zwar vielfach selbst durch wechselseitige Kooperationen erschlossen werden. Hier muss jedoch darauf geachtet werden, dass für solche Kooperationen z.B. unter steuer-, gesellschafts- und aktuell gerade auch unter wettbewerbsrechtlichen Vorzeichen die erforderlichen Gestaltungsräume gewährleistet bleiben.

Darüber hinaus und grundsätzlich bedarf es einer neuen staatlichen Regulierungsphilosophie: Das vollkommen zu Recht auf EU-Ebene postulierte Prinzip des "think small first" muss dort und in den Mitgliedsstaaten zum tatsächlichen Leitbild der wirtschaftsrelevanten Gesetzgebung und Regulierung werden. Je selbstverständlicher dieses mittelstandsgerechte Leitbild in der Praxis wird, umso stärker können sich die Mittelständler auf die Freisetzung ihrer spezifischen Leistungspotenziale konzentrieren.

Notwendig ist darüber hinaus die Sicherstellung einer weitestgehenden Belastungsneutralität der Besteuerung von Kapitalgesellschaften einerseits und von vorrangig im Mittelstand genutzten Personengesellschaften andererseits.

Dem Grundsatz gleicher Wettbewerbsbedingungen müssen auch die energierechtlichen Regelungen unterliegen. Damit unvereinbar ist die Überwälzung energiepolitisch bedingter Lasten auf die weniger energieintensive mittelständische Wirtschaft.

Wichtig ist zur Wahrung gleicher Wettbewerbschancen zudem, dass sich die Innovationskraft mittelständischer Unternehmen im Rahmen themenoffener

Forschungsförderung, optimierter Verfahren des Technologietransfers und der Unternehmensberatung sowie einer mittelstandsgerechten Ausgestaltung der Förderinstrumente voll entfalten kann. Auch die für den Marktzugang äußerst wichtigen Normungsverfahren müssen deutlich mittelstandstauglicher gemacht werden.

Nachhaltige Finanzierungskultur

Die deutsche Bankenlandschaft ist durch die historisch gewachsene vielfältige Bankenstruktur besonders leistungsfähig. Zur Stabilität in der Finanzierung trägt die auf Langfristigkeit und dem Hausbankprinzip basierende Finanzierungskultur des Mittelstands bei.

Die zahlreichen Maßnahmen zur Bankenregulierung auf europäischer Ebene dürfen sich nicht einseitig an den Strukturen von Großbanken und der Rechtsform der Aktiengesellschaft orientieren. Wir brauchen eine Regulierung mit Augenmaß, die die institutionelle Vielfalt in der europäischen Kreditwirtschaft erhält, und die stabilitätsfördernde Strukturen und Geschäftsmodelle nicht in Frage stellt. Dazu gehört eine Bankenaufsicht, die auf dem Prinzip der Subsidiarität aufbaut und durch ihre geografische Nähe zu den Banken eine hohe Qualität der Aufsicht gewährleisten kann. Auf keinen Fall infrage gestellt werden darf das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit der Banken für Risiken und Verluste, wie es in den Institutssicherungssystemen der beiden Finanzverbände verankert ist. Grenzüberschreitende Haftungsverbände, wie sie im Rahmen einer europäischen Bankenunion diskutiert werden, lehnt der deutsche Mittelstand ab.

Für Aktiengesellschaften, deren Aktionäre quartalsweise den Nachweis immer höherer Rentabilitäten erwarten, mag es sinnvoll sein, tagesaktuelle Buchbewertungen nach IFRS-Regeln auszuweisen. Für den Mittelstand bleibt die auf dem Vorsichtsprinzip beruhende handelsrechtliche Rechnungslegung die zumeist angemessene Form.

Duale Berufsausbildung

Die mittelständische Wirtschaft zeichnet sich durch eine lange Tradition der Bildungsverantwortung aus. Die daraus erwachsene duale Berufsausbildung mit ihrer engen Verbindung von Theorie und Praxis ist heute ein entscheidender Standortvorteil der deutschen Volkswirtschaft. Sie sichert eine umfassende, praxisnahe Qualifikation, fördert den permanenten Austausch zwischen Wissenschaft und betrieblicher Praxis und gewährleistet die

passgenaue Integration in den Arbeitsmarkt. Das belegt nicht zuletzt die im europäischen Vergleich extrem niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland basiert auf den bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen sowie der Meisterqualifikation im Handwerk und der Ausbilderqualifikation in den IHK-Berufen. Eine gute Praxis ist zudem die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung insbesondere im Handwerk, die es gerade kleineren Ausbildungsbetrieben ermöglicht, eine übergreifende praxisbezogene Qualifizierung anzubieten.

Eingriffe in Qualifikationsstandards und in die Reglementierung von Berufen – wie sie die Europäische Kommission im Rahmen der Dienstleistungs- und Anerkennungsrichtlinie sowie des Europäischen Semesters forciert –, haben daher massive Auswirkungen auf Ausbildungsleistung und –qualität sowie auf die Bereitschaft zur Weiterbildung. Auch die in Europa diskutierten Zertifizierungspflichten und Dienstleistungsnormen sowie die fortgesetzten Akademisierungsforderungen der OECD – ohne Berücksichtigung der hohen Standards deutscher Berufsbildung – sind geeignet, die duale Ausbildung und ihr Ansehen nachhaltig zu schädigen, ohne eine tragfähige Alternative aufzuzeigen. Notwendig ist eine Politik, die gerade die duale Berufsausbildung als best-practice-Beispiel beruflicher Bildung fördert und ihre strukturellen Grundlagen erhält.

Freiwilliges gesellschaftliches Engagement

Eigeninitiative und Eigenverantwortung sind konstitutive Merkmale des deutschen Mittelstands. Sie finden ihren Ausdruck nicht nur im unternehmerischen Kontext, sondern auch in dem breiten gesellschaftlichen Engagement kleiner und mittlerer Betriebe. Sie setzen sich verantwortungsvoll für Mitarbeiter, Umwelt, Kultur, Sport oder das regionale Gemeinwohl ein. Maßnahmen der Förderung und Qualifikation der Mitarbeiter, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Investitionen in die Gesundheitsvorsorge sind den Unternehmen dabei besonders wichtig. Mittelständische Unternehmen übernehmen vielfältige Aufgaben im Bereich der Jugend- und Vereinsarbeit, der Unterstützung von Kirchengemeinden, Krankenhäusern oder Schulen. Mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz für die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft leisten sie darüber hinaus einen gemeinschaftlichen Beitrag zur Hilfe zur Selbsthilfe und zur positiven Entwicklung der örtlichen Wirtschaft.

Für diese Aktivitäten ist jedoch Freiraum nötig. Regulierungen und Berichtspflichten im Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen verursachen bürokratische Lasten und finanziellen Aufwand. Sie gefährden und konterkarieren die Motivation der Unternehmen und ihre innovativen Anstrengungen beim freiwilligen Engagement

Das Selbstverständnis der mittelständischen Unternehmer als verantwortliche Bürger gilt es anzuerkennen und zu fördern. Dies ist Aufgabe mittelstandsgerechter Politik. Dazu gehört auch, Regulierungsbestrebungen auf europäischer Ebene aktiv entgegenzuwirken und mit Entschiedenheit für die mittelständische Unternehmenskultur einzutreten.

Originäre Sozialpartnerschaft des Mittelstands

In den kleinen und mittleren Unternehmen des Mittelstandes mit ihren überschaubaren Personalstrukturen wird die Verantwortungsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern täglich gelebt.

Institutionell findet sie ihren Ausdruck in einer funktionierenden Sozialpartnerschaft in Deutschland. Wesentlicher Pfeiler ist die Tarifautonomie, in der die Partner eigenständig tarifvertragliche Regelungen erarbeiten - in Verantwortung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer. Wie ernst die Partner diese Verantwortung nehmen, haben sie einerseits mit der Lohnzurückhaltung in wirtschaftlichen Schwächephase und andererseits mit der hohen Beschäftigungsstabilität in Krisenzeiten sowie steigenden Entgelten in Aufschwungphasen eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Die Erfolgsgeschichte der Tarifpartnerschaft in Deutschland ist Beleg dafür, dass sie — wie vom Grundgesetz vorgesehen — ohne staatliche Einflüsse funktioniert. Jegliche Eingriffe in die gewachsenen Strukturen der Tariflandschaft in Deutschland wären kontraproduktiv. Dies gilt auch für auf europäischer Ebene angestellte Überlegungen, Tarifabschlüsse in den Mitgliedsländern im Zuge der Euro-Krise und zum Abbau vermeintlicher Wettbewerbsungleichgewichte stärker in den Blick der Europäischen Kommission zu nehmen. Nicht zentralistische Ansätze, sondern eine Weiterentwicklung der Tarif- und Sozialpartnerstrukturen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind der Schlüssel, um sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu stärken.

./.